

Antrag der Fraktion UWIGA/WGD vom 13. Juni 2021 betr. Programm zur Errichtung von PV-Anlagen - Beitrag zum Klimaschutz

Fraktion der UWIGA/WGD in der Stadtverordnetenversammlung Darmstadt
Fraktionsvorsitzender

[UWIGA/WGD Stadtverordnetenfraktion Darmstadt](#)

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Herrn Yücel A k d e n i z
Im Carree 3
64283 Darmstadt

Darmstadt, 13. Juni 2021

ANTRAG
zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir bitten, den nachfolgenden Antrag von Fraktion UWIGA/WGD: „**Programm zur Errichtung von PV Anlagen – Beitrag zum Klimaschutz**“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

ANTRAG

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zur Haushaltsberatung 2022 eine Planungsgrundlage zur Errichtung von PV-Anlagen auf Gebäuden und über Verkehrsflächen vorzulegen. In der stadtweiten Planung soll enthalten sein:

- Die Installation von Photovoltaikanlagen auf allen städtischen Gebäuden, der Bauverein AG und allen anderen Töchtern inbegriffen, bei denen eine Photovoltaikanlage technisch (elektrisch und statisch) umsetzbar ist.

- Des weiteren möge der Magistrat im Zusammenwirken mit der Bauverein AG für die von ihm vermieteten Wohnimmobilien Modelle entwickeln, die die Mieter an den Vorteilen von auf ihren Häusern zu installierenden PV-Anlagen angemessen beteiligen.

„Der Magistrat nehme mit den Besitzern der Gebäude in denen er für eine längere Zeit Flächen angemietet hat, Kontakt auf, um hier PV-Anlagen für Eigenstrom nachzurüsten (Minareesstr. 2x , Lincoln Siedlung (> Neubauten).“

- Vorschläge für die Installierung von Photovoltaikanlagen über kommunalen Park- und

Stellplätzen sowie auf den Parkhäusern.

- Das Führen von Gesprächen mit den Eigentümern großer Parkplätze, um die Installation von Photovoltaikanlagen über den Park- und Stellplätzen zu erreichen.

- Eine Informations- und Werbekampagne für den Bau von Photovoltaikanlagen auf a) Privaten Dachflächen und b) Firmen Dachflächen. Diese Kampagne soll zusammen mit Partnern umgesetzt werden. Das städtische Förderprogramm ist dabei zu berücksichtigen.

- Bei jeder PV Anlage im öffentlichen Bereich ist eine Ladestation für Elektro-Autos zu prüfen.

- In der stadtweiten Planung ist darzustellen, über welchen Zeitraum sich die Maßnahmen erstrecken sollen, welche Kosten mit ihnen im einzelnen verbunden sind und wie sie zu finanzieren sind und wie hoch die dadurch erzielte regenerative Energieerzeugung pro Jahr, je Umsetzungsjahr, sein kann.

Der Magistrat wird beauftragt, binnen 3 Monaten einen Bericht der weitergehenden Prüfung zur Belegung bislang nicht PV-genutzter Dach- und Parkplatzflächen auf städtischen Gebäuden vorzulegen und der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten.

Begründung:

- Die Stadtverordnetenversammlung hat im Juli 2020 (V-Nr. 2020/0194) beschlossen, die Wohnquartiere in Darmstadt klimafreundlich und bis 2035 Klimaneutralität aller städtischen Einrichtungen anzustreben. Ein wichtiger Aspekt der Klimaverträglichkeit ist die CO²-Kompensation von fossilen Brennstoffen. Das gelingt teilweise durch den verstärkten Ausbau und der Nutzung von regenerativen Energien aus Wind- und Sonnenkraft vor Ort.

- Durch vermehrte PV-Anlagen auf kommunalen Gebäuden und Stellplätzen, Installationen auf verfügbaren Firmenflächen und privaten Flächen käme Darmstadt einer angestrebten Klimaneutralitätsziel (2035) effizient näher.

- Auf der Grundlage des Hessischen Solarkatasters können die Planungen für PV-Anlagen konkretisiert werden. Vergl. https://www.gpm-webgis-12.de/geoapp/frames/index_ext2.php?gui_id=hessen_sod_03. Hier wurden alle geeigneten Standorte von öffentlichen und privaten Gebäuden aufgezeigt und bewertet.

- In Darmstadt ist festzustellen, dass der PV-Ausbau zur dezentralen Nutzung von Sonnenenergie eher stagniert. Daher sollten alle Möglichkeiten aufgegriffen und gefördert werden, um einen beschleunigten PV-Ausbau auf städtischen Wohn-, Büro- und Schul-/Kita-Gebäuden zu erreichen.

Anlage: Solarstrom für Alle der Landesenergieagentur Hessen

Anlage: Mieterstrom-Modelle (PV-Anlagen) als Good-Practice-Beispiele (Marburg) der Landesenergieagentur Hessen

Weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Falk Neumann
Stadtverordneter

Helmut Klett
Fraktionsvorsitzender